

## PRESSEMITTEILUNG

### DGB-Vorsitzender und Stellvertreterin des Bezirkes Hessen-Thüringen gewählt

*Bad Hersfeld, 4. Dezember 2021*

Die Delegierten der 6. Ordentlichen Bezirkskonferenz des DGB Hessen-Thüringen haben den Bezirksvorsitzenden Michael Rudolph mit 97 Prozent im Amt bestätigt. Der 44-jährige geht damit in seine zweite Amtszeit seit seiner Wahl 2017. Als Stellvertreterin wurde Renate Sternatz mit 98 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen gewählt.

Die 58-Jährige übernimmt das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden erstmals. Zuvor war sie Bereichsleiterin des Fachbereiches Gemeinden bei der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin. Sternatz folgt auf Sandro Witt, der für das Amt nicht wieder angetreten war. Beide dankten den Delegierten aus Hessen und Thüringen für das Vertrauen.

Rudolph und Sternatz appellieren an die Landesregierungen in Hessen und Thüringen, den Weg in eine soziale, sichere und solidarische Zukunft aktiv zu gestalten und sich die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu Eigen zu machen.

„Hessen und Thüringen sind Industriestandorte und müssen das auch bleiben“, sagt Michael Rudolph in seiner Rede. „Wir stehen vor der großen Herausforderung, unsere Wirtschaftsweise ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten. Die Sicherung von Arbeit und Einkommen muss dabei im Mittelpunkt stehen. ‚Die Zukunft gestalten wir‘ ist das Motto dieser Konferenz. Die Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben den Anspruch, diese Transformation mitzugestalten. Den Erfolg gibt es nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie.“

Rudolph fordert die Landesregierungen auf, die Voraussetzungen für den Erhalt der Beschäftigung abzusichern: „Wir brauchen massive Investitionen in neue Technologien, in Forschung und Entwicklung, in die Aus- und Weiterbildung. Wer jetzt spart, hinterlässt der nächsten Generation mehr als Schulden: Er hinterlässt eine marode Infrastruktur, befeuert den Klimawandel und gefährdet den Industrie- und Dienstleistungsstandort. Wir brauchen Transformationsbudgets, welche die Betriebe und die Belegschaft unterstützen, den Wandel erfolgreich zu bestreiten. Wir brauchen soziale Kriterien für den Umbau. Tarifbindung und Mitbestimmung sind zentral. Ohne sie fehlt das Soziale in der sozial-ökologischen Wende.“

#### Bezirkspressestelle

PM 084

#### Charlotte Rosa Dick

Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit  
DGB Hessen-Thüringen

[CharlotteRosa.Dick@dgb.de](mailto:CharlotteRosa.Dick@dgb.de)

Telefon: +49 69 273005-52  
Telefax: +49 69 273005-45  
Mobil: +49 151 14264316

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77  
60329 Frankfurt am Main

Nicht nur die aktuellen Belegschaften, auch die Fachkräfte von morgen, brauchen Sicherheit. Die neue stellvertretende Bezirksvorsitzende, Renate Sternatz sagt dazu:

„Eine vorausschauende Politik muss jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Gute Ausbildung und Fachkräftesicherung gehören zusammen. Daher muss in die Modernisierung der Bildungseinrichtungen investiert werden. Auszubildende müssen die Möglichkeit haben, die geforderten Kompetenzen für den Einstieg in das Berufsleben zu erwerben. Jede und Jeder muss die Chance haben, eine Ausbildung zu machen. Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben durch die coronabedingte Einschränkung des Schulbetriebs eine besondere Last zu tragen. Deshalb sind die Maßnahmen für ausbildungsbegleitende Hilfen deutlich auszubauen, um ihren Übergang von der Schule in die Ausbildung zu unterstützen. Grundsätzlich brauchen wir die Ausbildungsgarantie, damit niemand durch den sozial-ökologischen Wandel unter die Räder kommt.“

Die Menschen würden von einem handlungsfähigen und aktiven Staat profitieren, der sich für die Sicherung und Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze einsetzt. Wichtig wäre daher die Stärkung der Tarifbindung durch eine proaktive Landespolitik.

Michael Rudolph: „Tarifverträge sind die Stütze unseres Wirtschafts- und Wachstumsmodells. Statt Billigproduktion fördern sie eine hohe Produktivität und Innovationskraft. Genau das brauchen wir beim sozial-ökologischen Umbau unseres Industriestandortes. Beschäftigte, Regionen und Branchen brauchen eine wirkliche Perspektive und die gibt es nur mit mehr Tarifbindung. Gemeinsam mit der Thüringer Landesregierung ist es uns vor zwei Jahren gelungen, ein Tariftreuegesetz mit einem vergabespezifischen Mindestlohn in einem Bundesland zu verankern. Im Bund gibt es das künftig auch. Hessen wird dank schwarzgrün zum weißen Fleck. Die diesjährige Novellierung des Hessischen Tariftreue- und Vergabegesetzes war eine einzige Enttäuschung. ‚Gute Arbeit‘ muss ein Prinzip und keine Option sein.“

Zu viele Beschäftigte sind arm – trotz Arbeit – und benötigen zusätzlich zu ihrem Einkommen noch Geld vom Jobcenter, um ihr Leben finanzieren zu können. Frauen sind überproportional in solchen prekären Jobs tätig. Für Sternatz ist die Stärkung der Tarifbindung daher ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichstellung: „Zwischen Frauen und Männern klafft eine durchschnittliche Lohnlücke von 18 Prozent. Wo Tarifverträge gelten, ist die Entgeltlücke um ganze zehn Prozent kleiner. Tarifverträge helfen das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern. Deshalb ist die Politik gefordert, alles Notwendige dafür zu tun, um prekäre Beschäftigung abzubauen und mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Öffentliche Mittel sollen zukünftig überall nur noch an tarifgebundene Unternehmen und Betriebe gehen. Wettbewerb darf nicht auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen werden, damit kein neues Transformationsprekariat entsteht.“

**Hinweis:** Sie finden das Redemanuskript von Michael Rudolph und Renate Sternatz sowie die Lebensläufe und Fotos in Druckqualität auf der [Homepage](#) des DGB Hessen-Thüringen.